

**Kurztitel**

Wahlerevidenzgesetz 2018

**Kundmachungsorgan**

BGBI. I Nr. 106/2016

**§/Artikel/Anlage**

§ 7

**Inkrafttretensdatum**

01.01.2018

**Text****Verständigung der von Berichtigungsanträgen betroffenen Personen**

§ 7. (1) Die Gemeinde hat die Personen, zu deren Eintragung in die Wahlerevidenz ein Berichtigungsantrag gestellt wurde, hiervon unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Gründe binnen zwei Wochen nach Einlangen des Berichtigungsantrages zu verständigen. Den Betroffenen steht es frei, binnen zwei Wochen nach Zustellung der Verständigung, schriftlich oder mündlich Einwendungen bei der zur Entscheidung über den Berichtigungsantrag berufenen Behörde vorzubringen.

(2) Die Namen der Antragsteller unterliegen dem Amtsgeheimnis. Den Strafgerichten sind sie auf Verlangen bekanntzugeben.